

## Demokratisch ins digitale Zeitalter

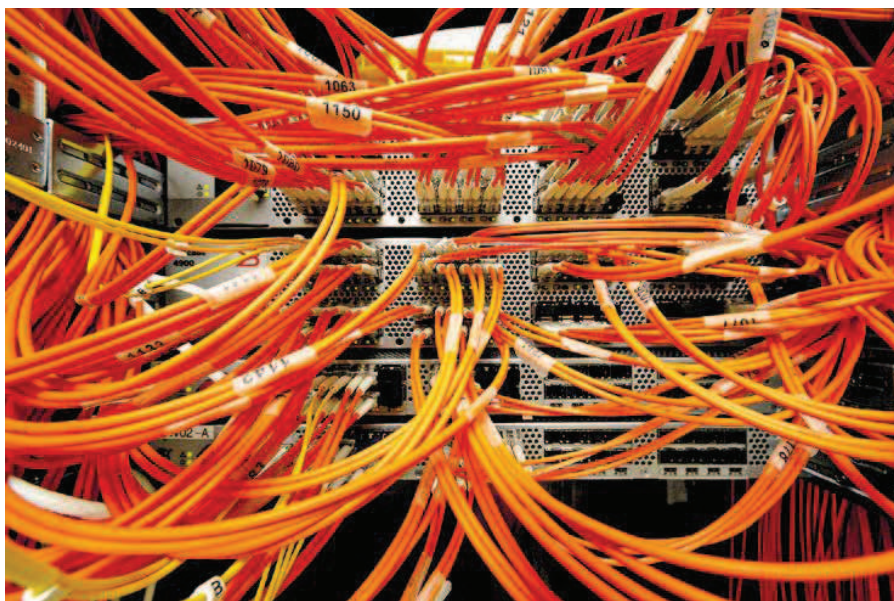
Eine „Community Cloud“ garantiert digitale Souveränität durch die Organisation als Genossenschaft: vom Webhosting bis zu einer Web-Videokonferenz-App. Die Hostsharing eG macht auch vor, wie eine virtuelle Genossenschaft funktionieren kann

Von Ansgar Warner

Das Konto bei der Genossenschaftsbank, das Büro von der Wohnungsgenossenschaft, als Betriebssystem das Community-Produkt Linux, doch wohin bloß mit den Daten der eigenen Website? Wer im Netz Präsenz zeigen möchte, aber nicht selbst einen Server betreiben will, ist auf die Zusammenarbeit mit einem professionellen Webhoster angewiesen. Egal ob es nun um eine einfache Homepage, eine Bloggingplattform oder ein Shopsystem geht, mit dem sich Waren oder Dienstleistungen via Internet verkaufen lassen.

In der Regel hat man es dabei mit business as usual zu tun: Den Löwenanteil am Hosting-Geschäft beanspruchen in Deutschland große Konzerne wie Strato oder United Internet, aus Übersee buhlt Erzbösewicht Amazon mit seiner Serverpark-Sparte AWS um Kundschaft, daneben tummeln sich zahlreiche Mittelständler à la Domainfactory oder Hetzner. Und was viele nicht wissen: Es gibt auch eine genossenschaftliche Alternative – die Hostsharing eG betreibt schon seit 20 Jahren eine „Community Cloud“ mit dem Anspruch, Websites und Webanwendungen nachhaltig, unabhängig und technisch so perfekt wie möglich zum Laufen zu bringen.

Am Anfang stand ein digitaler Super-GAU: Kurz nach der Jahrtausendwende gab es technische Probleme bei einem der damals größten kommerziellen Anbieter, viele Kunden verloren ihre Daten. „Da haben sich einige der Betroffenen gesagt: Das können wir besser machen“, so Hostsharing-Sprecher Jan Ulrich Hasecke. Was als eine Art Selbsthilfegruppe begann, mündete in eine Genossenschaftsgründung: „Die Leute wollten nicht noch einmal Opfer eines intransparenten Unternehmens



Sicherer Hafen für Daten: Die Genossenschaft agiert transparent und ist unverkäuflich Foto: Cornelis Gollhardt/laif

werden, das schlechte Technik einsetzt – die Konsequenz lautete deswegen: Wir brauchen unsere eigenen Server, und wir wollen auf Dauer die Kontrolle behalten“, so Hasecke.

Neben dem Verlust von Daten kommt es in der Branche auch öfter vor, dass kleine Anbieter von größeren geschluckt werden und man als Kunde ungewollt ganz woanders landet. Bei Hostsharing ist das nicht möglich, denn dafür müssten alle Mitglieder zustimmen – spricht: alle Nutzer der Hosting-Genossenschaft.

Stattdessen wird daran gewerkelt, digitale Dienstleistungen in einer nicht am Gewinn orientierten Unternehmens-

form zu ermöglichen. Es fließt keine Rendite an Investoren ab, alle Gewinne werden wieder reinvestiert. „Jedes neue Mitglied stärkt die gesamte Genossenschaft – das Wachstum hilft uns, bisherige Leistungen günstiger anzubieten, aber auch neue Angebote einzuführen“, berichtet Hasecke.

Zum Leistungsspektrum gehören neben dem normalen Webhosting auch „Managed Server“-Angebote für sogenannte „Reseller“, die beispielsweise Komplettlösungen für die Webseitegestaltung anbieten, und Cloud-Server, die IT-Firmen für anspruchsvolle Rechenleistungen buchen können. Einen besonderen Boom erlebte die

Hostsharing eG im Coronajahr – was auch mit einer Web-Videokonferenz-App namens BBB zu tun hatte, BigBlueButton. Anders als Zoom und Consorten ist diese Software quelloffen und gewährleistet sichere und datenschutzkonforme Kommunikation.

Die beiden Hostsharing-Rechenzentren stehen in Berlin, es gelten also uneingeschränkt die europäischen Datenschutzrichtlinien. Bei der Hostsharing eG läuft die Kontrolle der eigenen Daten unter dem Stichwort „digitale Souveränität“. „Es reicht nicht, nur auf Open Source zu setzen – das tun ja Google, Facebook und alle anderen Großkonzerne auch, und

trotzdem sperren sie den Nutzer in ihren Walled Garden ein“, meint Jan Ulrich Hasecke. Er vergleicht das Prinzip mit einer Genossenschaftswohnung: „Da weiß ich ja auch, das ist meine Wohnung, das Haus kann nicht über Nacht an eine Heuschrecke verkauft werden.“

Die Hosting-Gemeinschaft gehört nicht nur rein technisch zur digitalen Avantgarde der deutschen Geno-Szene, sie führt auch vor, wie eine virtuelle Genossenschaft funktionieren kann: Die Satzung sieht vor, dass Beschlüsse der Mitglieder auch in elektronischer Form gefasst werden dürfen. „Schon die ersten Mitglieder kamen aus ganz Deutschland, manche auch aus Österreich und der Schweiz. Da war schnell klar: Wir müssen eine Methode finden, um online abzustimmen“, so Hasecke. Das war damals noch komplettes Neuland, erst seit 2006 enthält auch das deutsche Genossenschaftsgesetz einen entsprechenden Passus. Das Verfahren ist ebenso einfach wie effektiv: Berichte und Beschlussvorlagen werden per Mailingliste verschickt, das Antragstellen und Abstimmen erfolgt ebenfalls per elektronischer Postzustellung.

Zu den Mitgliedern von Hostsharing gehören Mittelständler wie das Logistikunternehmen Möller Industriedienstleistungen, Agenturen wie homann colourmanagement oder Startups wie Pech & Schwefel, spezialisiert auf den Vertrieb von Schnittmustern für Hobby-schneiderinnen. Aber natürlich auch viele Vereine und Genossenschaften, darunter etwa der Verein International Federation for the Economy for the Common Good und der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften.

Fehlt eigentlich nur noch die taz. „Die würde natürlich auch gut zu uns passen“, findet Jan Ulrich Hasecke.

### Lösung globaler Fragen

Jedes Jahr am ersten Samstag im Juli wird der **Internationale Tag der Genossenschaften** gefeiert. Die Vereinten Nationen verweisen damit auf deren Beitrag zur Lösung globaler Fragen. 2021 lautet das Motto: **„Rebuild better together – Gemeinsam besser wiederaufbauen“**. Weil Genossenschaften unsere Gesellschaft besser machen, hat die Unesco 2016 deren Prinzipien als **Immaterielles Kulturerbe** anerkannt. Die folgenden Seiten stellen exemplarisch dar, was Genossenschaften leisten können.

... die Genossenschaftsidee verdient einen Neuanfang!

**CoopGO**



# Neue Ideen für den Supermarkt

Zwei Genossenschaften machen im Lebensmittelhandel vieles anders

Einen Einkaufswagen nehmen, etwas aus dem Regal in den Einkaufswagen legen, an der Kasse zahlen: Damit ist der Einkauf im Supermarkt erledigt. Doch die Verbindung von den landwirtschaftlichen Erzeugerinnen über den Einzelhandel bis zu den Käufern kann auch enger sein – und zum Vorteil aller Beteiligten. Das wollen gerade zwei genossenschaftliche Projekte vormachen.

### Eine alte Idee neu interpretiert

Dass die genossenschaftliche Idee schon früh im Lebensmittelhandel Fuß gefasst hat – und bis heute praktiziert wird –, wissen heute nur noch wenige, auch wenn sie dort einkaufen: bei Edeka. Das Wort war ursprünglich die Abkürzung für die „Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler im Halleschen Torbezirk zu Berlin“. Die Edeka-Zentrale hält jeweils Kapitalanteile in Höhe von 50 Prozent an sieben Regionalgesellschaften, die jeweils anderen 50 Prozent werden von einer oder mehreren regionalen Genossenschaften gehalten. Dieses Konstrukt erscheint abstrakt und bleibt von außen unsichtbar.

### Mitarbeiten und profitieren

Ganz anders nun in Berlin. Dort hat der Super-Coop eröffnet, ein Supermarkt, der allen gehört, die dort einkaufen. Jedes Mitglied zeichnet einen Genossenschaftsanteil in Höhe von 100 Euro und zahlt ein einmaliges Eintrittsgeld von 10 Euro. Auch eine Ratenzahlung über zwei Jahre ist möglich. Bei Beendigung der Mitgliedschaft erhält man seinen Anteil zurück. Jedes Mitglied hilft drei Stunden pro Monat in verschiedenen Arbeitsgruppen mit. So tragen alle zum täglichen Betrieb des Supermarkts bei, zum Beispiel beim Einräumen der Ware oder an der Kasse. Nur ein paar Vollzeitangestellte kümmern sich um Koordination und Wareneinkauf. Durch diese Zusammenarbeit können die Kosten niedrig gehalten werden – und damit auch die Preise. Alle leisten einen Beitrag und alle profitieren. Deshalb kann man auch nicht mehr bezahlen und dafür weniger arbeiten. Das Prinzip Genossenschaft punktet hierbei mit seinen demokratischen Strukturen: Jedes Mitglied hat die Möglichkeit, an der Generalversammlung teilzunehmen und mitzusteimmen. Zum Beispiel über die Kriterien für die Produktauswahl, Regelungen zur Freistellung der Mitarbeit von Eltern und der Schaffung eines Solidaritätsprinzips.

### Die gesamte Kette verbinden

Mit dem Ziel „Regionale und dezentrale Strukturen erhalten, stärken und fördern“ ging Anfang Februar in Göttingen die Fair-Bio eG an den Start. Sie wirbt nun um Beitrittsrückstellungen. Menschen, die ökologisch wirtschaftende Erzeugerbetriebe und Fachgeschäfte unterstützen möchten, können Mitglied werden. Gemeinsam wollen die Genossinnen und Genossen sich dafür starkmachen, dass Bioläden und Biolandwirte jenseits des Massenmarktes eine Zukunftsperspektive haben. Alle Player der Biowertschöpfungskette sollen zusammenkommen: Privatleute und Fachhandel, Gastronomie und Landwirtschaft sowie weitere Herstellerinnen und Produzenten. (lk)



Mehr als die Hälfte aller Kunden von Volks- und Raiffeisenbanken sind zugleich Teilhaber ihrer Bank  
Foto: Antje Lindert-Rottke/ddp

# Das Kapital in der Pflicht

Die einst in Schwaben ersonnene Idee der Kreditgenossenschaft lebt bis heute in den Genossenschaftsbanken fort – längst sind Genossenschaften in rund 50 Branchen etabliert

### Von Bernward Janzing

Oft hat der Ort einer Idee eine besondere Symbolik. Im württembergischen Öhringen gründeten 50 Bürger im Jahr 1843 unter dem Namen „Öhringer Privatspar- und Leihkasse“ die erste Kreditgenossenschaft. Schnell fanden sich Nachahmer – so beschreibt heute der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) seine Historie.

Die Genossenschaftsbank war also eine schwäbische Idee. Und da die schwäbische Hausfrau gemeinhin als der Inbegriff des ökonomischen Sachverstands gilt, schmückt man sich mit einer solchen Gründungsgeschichte natürlich gerne. Die Idee der Kreditgenossenschaft sei dann „zum Exportschlager“ geworden, so der BVR. Überall entstanden Genossenschaften nach deutschem Vorbild – etwa in Skandinavien, in Nordamerika, in Japan. Heute haben die Genossenschaften weltweit 800 Millionen Mitglieder. Im Jahr 2016 wurde die Genossenschaftsidee sogar von der Unesco in die Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufgenommen.

Die besondere, schwäbisch geprägte Solidität der Genossenschaft, der maximale Mitgliedschutz, lebt bis heute fort. Der Genossenschaftsverband prüft jede Genossenschaft vor ihrer Gründung und begleitet sie fortan stetig. Das ist bei anderen Gesellschaftsformen nicht der Fall. Geht man beispielsweise zum Notar, um eine GmbH zu gründen, fragt niemand danach, ob das Geschäftsmodell taugt. Deswegen haben Genossenschaften auch die niedrigste Insol-

venzquote unter allen unternehmerischen Rechtsformen.

Auch bei den Banken macht sich diese Verlässlichkeit bemerkbar: „Die Sicherungseinrichtung der Genossenschaftsbanken gehört zu den umfassendsten der Einlagensicherung aller Banken“, sagt Burghard Flieger, Freiburger Volkswirt und Experte für das Genossenschaftswesen. Die Einlagensicherung habe sich „über nunmehr fünfundsachtzig Jahre zum Stabilitätsfaktor der deutschen Kreditwirtschaft entwickelt“.

Der Genossenschaftsverband betont, dass die Genossenschaftsbanken viele Dienstleistungen anbieten, die es auch bei privaten Banken gibt. Gleichwohl bestehe „ein fundamentaler Unterschied“: „Kreditgenossenschaften stellen nicht die Gewinnmaximierung in den Vordergrund, sondern den Mitgliedererfolg.“

Eindrucksvoll präsentierten die Genossenschaftsbanken ihre Stärke, als im September 2008 die Investmentbank Lehman Brothers die Finanzwelt in die Krise stürzte. „Als Großbanken mit Milliardensummen aus Steuermitteln getretet, verstaatlicht oder geschlossen werden mussten, zeigte sich die kerngesunde Substanz der deutschen Genossenschaftsbanken“, heißt es zum Beispiel bei der VR-Bank in Südniedersachsen. Die Genossenschaftsbanken hätte sich nämlich „aus den wunden Genesungen herausgehalten und verfügten über ausreichend Eigenkapital, um die Krise schadlos zu überstehen“.

Manche Genossenschaftsbank, wie etwa die GLS Bank, erlebte nach der Lehman-Pleite einen enormen

Kundenzuwachs – der Wert solider Geschäfte war plötzlich in die Mitte der Gesellschaft gerückt. Erstmals überschritt im Jahr 2020 die Bilanzsumme der gesamten Volks- und Raiffeisenbanken die Marke von 1 Billion Euro. Einer ihrer wichtigsten Vorteile gegenüber Konzepten anderer Geldhäuser sei deren Regionalität, ergänzt Volkswirt Flieger. Denn die dezentrale Präsenz der Unternehmen erleichtert den Mitgliedern der gut 800 deutschen

Bank ist deren Konzept weiterhin besonders im deutschen Südwesten beliebt: Rund 35 Prozent der Bevölkerung im Ländle sind Mitglied in mindestens einer Genossenschaft, hat der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband einmal erhoben. Eine solche Durchdringung der Gesellschaft mit der Idee des solidarischen Wirtschaftens gebe es sonst nirgends. Bundesweit haben die Genossenschaften 18,4 Millionen Mitglieder. Die betreffenden Unternehmen sind nicht nur im Bankenwesen zu Hause, sondern in rund 50 Branchen. Dazu zählen etwa die Winzer, der Obst- und Gemüsehandel, Bäckereien und seit der Jahrtausendwende auch die Energiegenossenschaften.

Manche Genossenschaften, wie etwa Dorfläden, treten dort an, wo andere Unternehmen sich zurückgezogen haben, und übernehmen Aufgaben der örtlichen Daseinsvorsorge – als Selbsthilfeeinrichtungen der Bürger. „Diese Unternehmen praktizieren damit Wirtschaft im besten Sinne Ludwig Erhards: soziale Marktwirtschaft im Dienste der Gesellschaft, Unternehmertum mit sozialer Verantwortung“, sagte einmal in einem Interview Roman Glaser, der Präsident des baden-württembergischen Genossenschaftsverbands.

Aus den Reihen der Genossenschaften kam daher im Jahr 2018 ein Bonmot auf, das sich auf den Sozialreformer Friedrich Wilhelm Raiffeisen einerseits und Karl Marx andererseits bezog, die beide in jenem Jahr ihren 200. Geburtstag hatten: „Der eine schrieb ‚Das Kapital‘ – der andere nahm es in die Pflicht.“

**Anderer Ansatz: Der Nutzen für die Mitglieder ist wichtiger als die Maximierung des Gewinns**

Genossenschaftsbanken die Mitbestimmung. Mehr als die Hälfte aller Kunden von Volksbanken und Raiffeisenbanken sind zugleich Teilhaber ihrer Bank.

Zum anderen sind aber auch die Geschäfte regionaler: Wer in grundsätzliche Objekte vor Ort investiert, in Gebäude und Unternehmen, in die örtliche Realwirtschaft, ist erkennbar weniger verwundbar als jene Akteure, die glauben, mit obskuren Finanzspekulationen das schnelle Geld machen zu können. Volksbanken und Raiffeisenbanken entstanden schließlich als Selbsthilfeeinrichtungen von mittelständischen Unternehmern und Landwirten – ein Selbstverständnis, das bis heute prägt.

Auch bald 180 Jahre nach Gründung der ersten Genossenschafts-

## Mein Geld.

- ✓ nachhaltig
- ✓ sinnvoll
- ✓ konkret
- ✓ vor Ort

[www.oekogeno.de](http://www.oekogeno.de)

Investieren in soziale und ökologische Projekte.



### IST HEUTE DER TAG, AN DEM DU BUTTER BEI DIE FISCHE GIBST UND MITEIGENTÜMER\*IN DEINER ZEITUNG WIRST?

Weil demokratische Gesellschaften eine freie Presse brauchen, sichern inzwischen etwa 20.500 Leser\*innen die publizistische und ökonomische Unabhängigkeit ihrer Zeitung. Werden auch Sie Mitglied der taz Genossenschaft. Mit einer Einlage ab 500 Euro (wahlweise auch in 20 Raten zahlbar) können Sie Miteigentümer\*in werden.

Noch Fragen? (030) 25 90 22 13 oder [geno@taz.de](mailto:geno@taz.de)

[genossenschaft.taz.de](http://genossenschaft.taz.de)



## GSP eG – die Genossenschaft für selbstverwaltete Projekte

Wir bauen in Berlin-Karlshorst und in Luckenwalde (Bahnhofsnähe): 200 Wohnungen, eine Kindertagesstätte, Gemeinschafts- und Gewerberäume.

Wir suchen: Mitbewohnerinnen, Anpacker, pragmatische Idealisten, Unterstützerinnen – und einen Kita-Betreiber.

[www.gsp.coop](http://www.gsp.coop)

GSP eG  
Genossenschaft  
selbstverwalteter  
Projekte



# Hart am Wind und der Sonne entgegen

Energiegenossenschaften aus ganz Deutschland erzeugen in den Bürgerwerken grünen Strom für Kunden aus der Region – auch gegen Widerstände. Sie leisten einen wichtigen Beitrag, um die Klimaziele zu erreichen

Von Joachim Göres

Grünen Strom selbst produzieren und damit den Klimaschutz in der eigenen Region voranbringen – das ist das Ziel von Energiegenossenschaften aus ganz Deutschland, die Photovoltaik- und Windkraftanlagen betreiben. Eine von ihnen ist die 2010 gegründete Energiegenossenschaft Sonnenwende Harsewinkel, die inzwischen den Namen Sonnenwende Bürger-Energie-Region Gütersloh trägt. Sie hat 16 Photovoltaik-Dachanlagen in Ostwestfalen in Betrieb, auf dem Rathaus von Harsewinkel, der Sankt-Johannes-Schule in Greffen, auf Gebäuden des Bauvereins Gütersloh sowie auf mehreren Familienwohnhäusern und Gewerbeimmobilien. Bis Ende vergangenen Jahres wurden dort insgesamt 1,6 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugt, die ins Netz gegen eine gesetzlich festgelegte Vergütung eingespeist werden.

Außerdem bietet die Energiegenossenschaft Sonnenwende seit einiger Zeit ein Pachtmodell an. Sie kauft und errichtet eine Photovoltaikanlage und ist für Wartung und Instandhaltung zuständig. Kunden betreiben die Anlage, nutzen den Strom zur Eigenversorgung und speisen den überschüssigen Strom gegen Vergütung ins Verteilnetz ein. Für eine durchschnittliche Anlage zahlen Kunden dafür der Energiegenossenschaft über einen Zeitraum von 20 Jahren rund 800 Euro Pacht jährlich. „Das lohnt sich finanziell für Hausbesitzer, wenn sie einen hohen Anteil des Stroms selber verbrauchen. Es gibt aber auch jüngere Interessenten, für die nicht die Wirtschaftlichkeit



Die Energiegenossenschaft Starkeburg mit ihrem Windrad im Odenwald Foto: A. Heimann/Vollformat

entscheidend ist, sondern die autark sein und etwas für die Umwelt tun wollen“, sagt Sonnenwende-Vorstand Stephan Rieping.

Derzeit halten 140 Genossen Anteile in Höhe von insgesamt knapp 140.000 Euro. Über die Verwendung des Gewinns aus dem Verkauf des Stroms entscheidet einmal im Jahr die Generalversammlung, auf der jedes Mitglied eine Stimme hat. Ein Genossenschaftsanteil kostet 250 Euro, bislang gab es fast jedes Jahr für die Anteile 3 Prozent Zinsen. „Neue Mitglieder sind immer willkommen“, sagt Rieping.

Ähnlich arbeitet die Friedensfördernde Energie-Genossenschaft Herford (FEGH), die 2012 vom Herforder Anti-Atom-Bündnis gegründet wurde. Sie betreibt in der Region Her-

ford zwölf Photovoltaikanlagen. Auch sie bietet ein Pachtmodell an, auch bei ihr kann man durch den Erwerb von Genossenschaftsanteilen in Höhe von jeweils 250 Euro Mitglied werden. Ihr größtes Projekt ist der Bürgersolarpark Reesberg – auf einer ehemaligen Bau-schuttdeponie in Kirchlegern stehen seit vergangem Jahr 2.378 Solarmodule, die mehr als 200 Haushalte mit Strom versorgen können. Für die Realisierung mussten erhebliche Widerstände überwunden werden – zugleich fand die Idee zahlreiche Anhänger und 40 neue Mitglieder traten in die FEGH ein. Seit 2010 besteht die Energiegenossenschaft Main-Kinzigal aus dem südhessischen Biebergemünd, die an einem Dutzend Standorten zwischen Großkrotzenburg und Schlüch-

ten sowie von Windrädern in Gründau und Schlüchtern. Außerdem beteiligt sich die Energiegenossenschaft mit mehr als 50 Prozent an großen Solarkraftwerken in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahr 2020 hat die Energiegenossenschaft fast 19.000 Megawattstunden Strom erzeugt, die ins Netz eingespeist werden, wodurch 6.200 Dreipersonenhaushalte versorgt werden können. „Wir sind immer daran interessiert, in neue Anlagen zu investieren, aber es ist schwieriger geworden, dafür neue Flächen zu finden“, sagt Vorstand Jürgen Staab. 334 Genossen aus sechs Bundesländern halten Anteile in Höhe von mehr als 4 Millionen Euro. Derzeit kann man sich mit 1.000 Euro beteiligen und Genossenschaftsanteile erwerben.

Die drei Energiegenossenschaften sind Mitglieder der Genossenschaft Bürgerwerke mit Sitz in Heidelberg, in der sich 100 Energiegenossenschaften aus ganz Deutschland

zusammengeschlossen haben. Sie betreiben insgesamt rund 1.400 Solar-, Wind- und Biomasseanlagen, haben im vergangenen Jahr mehr als 368 Millionen Kilowattstunden Ökostrom erzeugt und so 148.000 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Über die Dachgenossenschaft Bürgerwerke beziehen die Kunden („eine fünfstellige Zahl“) Ökostrom, der von einzelnen Energiegenossenschaften aus einem Wasserkraftwerk in Bayern stammt.

„Der Strompreis richtet sich nach der Höhe des Nettentgeltes vor Ort, der je nach Region unterschiedlich hoch ist. Dabei gibt es einen Zuschlag von einem halben Cent pro Kilowattstunde, um neue Energie-wendeprojekte finanzieren zu können“, sagt Bürgerwerke-Pressesprecher Christopher Holzem und fügt hinzu: „Wir streben keinen Gewinn an.“ Inzwischen bieten die Bürgerwerke Kunden auch Biogas, das bei der Verarbeitung von Zuckerrüben der Zuckerrübenfabrik Anklam in Mecklenburg-Vorpommern anfällt. Für Holzem ist klar: „Wir müssen als Bürgerwerke weiter wachsen, um die Klimaziele zu erreichen.“

Tatsächlich wurden im ersten Quartal dieses Jahres in Deutschland laut Statistischem Bundesamt 23 Prozent weniger Ökostrom ins Netz eingespeist als im Vorjahr, was vor allem am Rückgang der Windstromerzeugung lag. Weltweit haben Wind- und Solarenergie ihren Anteil am Endenergieverbrauch zwischen 2009 und 2019 von 8,7 Prozent auf 11,2 Prozent gesteigert, der Anteil der fossilen Energieträger liegt aber weiterhin bei rund 80 Prozent.

Anzeige

INTERNATIONALER TAG DER GENOSSENSCHAFTEN 2021

## Gemeinschaftlich besser wieder aufbauen!

Wer mit anderen zusammen mit einem Unternehmen die Welt etwas besser machen möchte, gründet eine Genossenschaft!

**Genossenschaft gründen!**

[www.genossenschaftsgruendung.de](http://www.genossenschaftsgruendung.de)

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.  
Baumeisterstr. 2 | 20099 Hamburg | Tel. 040-2 35 19 79-0

## Weniger Bürger, mehr Großinvestoren

Der Anteil der Ökostrom-Anlagen in der Hand von Bürgern sinkt. Greenpeace Energy fordert von der Bundesregierung ein Konzept für eine stärkere Beteiligung

Wer sind eigentlich die Eigentümer der Ökostrom-Anlagen? Das hat das Institut trend:research im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) untersucht. Ein Ergebnis der in diesem Jahr veröffentlichten Studie: 2009 war noch mehr als die Hälfte der installierten Leistung in der Hand von Privatleuten und Landwirten, zehn Jahre später liegt ihr Anteil bei nur noch gut 40 Prozent. Das hat mit wachsenden Investitionen von Energieversorgungsunter-

nehmen (Anteil 2019: 17,2 Prozent) und Fonds und Banken (14,1 Prozent) zu tun. Sie finanzieren vor allem kostenintensiven Windenergieanlagen auf hoher See und haben 2019 erstmals den Spitzenplatz beim Bau neuer Erneuerbare-Energien-Anlagen übernommen. „Dass sich nun auch finanzkräftige Investoren mehr für klimaschonende Energieerzeugung engagieren, ist durchaus erfreulich“, sagt AEE-Geschäftsführer Robert Brandt und fügt hinzu: „Doch die

Bürgerenergie muss unbedingt weiter ihren Platz im Fortgang der Energie-wende finden. Denn Beteiligungsmöglichkeiten fördern die Akzeptanz.“

Derzeit untersucht die AEE in einem Forschungsprojekt, ob die finanzielle Beteiligung der Bürger und Kommunen an Anlagen zur Stromerzeugung aus Wind-, Solar- und Bioenergie tatsächlich zu mehr Akzeptanz führt. Dazu wird an fünf Orten – in Schleswig-Holstein, Hessen, Thüringen, Sach-

sen und Bayern – analysiert, welche Effekte solche Anlagen auf die Beschäftigung haben und wie die Einwohner die Beteiligungsmöglichkeiten bewerten. Erste Ergebnisse sollen noch in diesem Jahr präsentiert werden.

Der Ökostrom-Anbieter Greenpeace Energy fordert von der Bundesregierung ein Konzept für eine stärkere Bürgerbeteiligung und warnt davor, die Energiewende den großen Playern auf dem Finanzmarkt und den Ener-

giekonzernen zu überlassen. „Energiebürger sorgen dafür, dass die Wertschöpfung am Ort bleibt, dass lokale Betriebe und kommunale Kassen von Ökostromprojekten profitieren“, sagt Marcel Keiffenheim, Leiter der Abteilung Politik und Kommunikation bei Greenpeace Energy. Er ergänzt: „Nur eine echte Teilhabe möglichst vieler reduziert Konflikte, stärkt die Energiewende und hilft, die Klimaziele zu erreichen.“

Joachim Göres

kräutergarten POMMERLAND

GENOSSENSCHAFT VON ANFANG AN!

20 JAHRE Kräutergarten POMMERLAND

kräutergarten-pommerland.de

www.raiffeisen-gesellschaft.de

Folgt uns auf [Social Media Icons]

# Wer hat's erfunden?\*

\*Friedrich Wilhelm Raiffeisen!  
Entrepreneur der Genossenschaftsidee.  
1818 bis 1888.

Jetzt Mitglied werden! Im großen Netzwerk. Mit 25 €.

DEUTSCHE FRIEDRICH WILHELM RAIFFEISEN GESELLSCHAFT E.V.

## Neues Spielsystem für den Ballbesitz

Fußball-Genossenschaften wären eine gute Alternative zum profitorientierten Sport

In den Anfängen der Coronapandemie zeigten sich die Fußballfunktionäre noch betroffen: Man wolle keine Extrawurst, sondern Demut üben und Maß halten. Doch nach einer Schamfrist ging man in den Profiligen wieder zum Geschäftlichen über: Kein Spielausfall mehr, kein Corona, keine Ausgangssperren, Reiseverboten hin oder her. So kann es in unseren Tagen nicht weitergehen. Es braucht Veränderungen, auch neue Strukturen, die dem Spiel und seinen Spieler\*innen dienen. Eine Alternative sind für uns Fußball-Genossenschaften.

Zweck einer Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder durch einen Geschäftsbetrieb. Das gemeinsam betriebene Geschäft muss immer einen Gebrauchswert (einen sachlichen Nutzen) für die Mitglieder haben. Gewinnerzielung und Maximierung von Profit kann niemals Zweck einer Genossenschaft sein. Dazu kommt der Grundsatz: Jedes Mitglied hat eine und nur eine Stimme, egal ob es einen Genossenschaftsanteil besitzt oder 1.000. Das unterscheidet die Genossenschaft von einer Kapitalgesellschaft, wo die Anzahl der Anteile über das Gewicht der Stimme entscheidet, aber auch von einem Verein, wo „Sponsoren“ etwa Einfluss über Sitze im Aufsichtsrat erhalten. Über eine Begrenzung des Erwerbs von Genossenschaftsanteilen wird die ganze Diskussion über die 50+1-Regel im deutschen Fußball gegenstandslos, weil ein Ausverkauf von vornherein unmöglich ist.

Da die Genossenschaft per definitionem ein Geschäftsbetrieb ist, kann sie im Unterschied zum Verein, dem wirtschaftliche Beziehungen eigentlich nur am Rande erlaubt sind, in seiner Satzung maßhaltende Regeln festschreiben. Zum Beispiel, dass Spieler\*innen – auch Topstars

– maximal das Zehnfache dessen verdienen dürfen, was der Angestellte mit dem niedrigsten Einkommen innerhalb der Genossenschaft verdient. Oder dass die Etats der Profiteams von Männern und Frauen in einer Genossenschaft bei gleicher Ligazugehörigkeit nicht um mehr als 10 Prozent differieren dürfen.

Und schließlich: Der Fortbestand einer Genossenschaft basiert auf der aktiven Teilhabe ihrer Mitglieder. Partizipation ist ein wesentlicher Bestandteil des kollektiven Betriebs. Der oft beklagte Identitätsverlust ist für die Fußball-Genossenschaft kein Thema, denn die Genoss\*innen sind Eigentümer\*innen, Aktive und Fans in einem.

Kollektivität, Gebrauchswertorientierung, gleiches Stimmrecht und Maßhalten stehen im Gegensatz zum herrschenden System im Fußball. Unseres Erachtens müssen diese Prinzipien nicht außen vor bleiben. Im Gegenteil: Wir fordern von DFB und DFL, dass sie neben Vereinen und Kapitalgesellschaften auch eingetragene Fußball-Genossenschaften zum Spielbetrieb zulassen. Das ist nicht gleich der ganze Kuchen, aber wir vertrauen auf die subversive Kraft der genossenschaftlichen Werte und Prinzipien – auch im Fußball.

Gesellschaftsspiele e. V. hat 2020 mit seiner Skizze eines genossenschaftlichen Fußballverbands den Utopie-Preis der Deutschen Akademie für Fußball-Kultur gewonnen und arbeitet derzeit an einer Musterstatut für eine Fußball-Genossenschaft. Wir freuen uns auf den Austausch mit interessierten Einzelpersonen und Fußballvereinen.

Dies ist ein Gastbeitrag von Greta Budde, David Hoffmann und Stephan Lahrem von Gesellschaftsspiele e. V., kontakt@gesellschaftsspiele.berlin

## Der Grundstein ist gelegt

Die Living in Metropolises operiert genossenschaftlich – und europaweit. Sie will bis 2050 rund 50.000 Wohnungen bauen, entkoppelt von turbokapitalistischen Mietmärkten

Von **Dierk Jensen**

Was haben das baltische Jelgava, die finnische Hauptstadt Helsinki und das wuselige Berlin gemeinsam? Wer mit Dirk Lönnecker, Vorstandsmitglied der Living in Metropolises (LiM), der ersten europäischen Wohnungs-genossenschaft mit dem europäischen Genossenschaftstitel SCE (Societas Cooperativa Europaea), spricht, erfährt es: In allen drei Städten plant die LiM genossenschaftliche Bauprojekte, die die Grundsteine für ein europaweit vernetztes genossenschaftliches Bauen setzen. Während in Lettland und Finnland zwar erst die Grundstücke gesichert sind, nähert sich im Berliner Stadtteil Treptow-Köpenick ein Neubau der LiM in der Ewaldstraße schon der Vervollständigung. 40 Wohnungen sind dort in wenigen Wochen bezugsfertig. Dann sollen Singles, Familien und Wohngemeinschaften in das mit einer mehrschichtigen Holzfassade aus Lärchenholz ausgestattete Haus einziehen.

Das Pilotprojekt der LiM liegt in Treptow-Köpenick, zwischen dem Berliner Flughafen, der Unesco-Welterbe-Siedlung Gartenstadt-Falkenberg und dem Universitätsstandort Adlershof. Im Gebäude werden nachhaltige Materialien verbaut, die Energieversorgung ist klimaneutral konzipiert. So kann der zukünftige Strombedarf zu großen Teilen über eine Photovoltaikanlage auf dem Dach abgedeckt werden, während die Wärme aus der Erde mit Wärmepumpen kommt. Auch an die Insekten ist gedacht worden: Das Beleuchtungssystem soll sie geringstmöglich beeinträchtigen. Mit dabei ist, als Generalmieterin des Gebäudes, die traditionsreiche Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 eG. Für Dirk Lönnecker setzt das LiM-Projekt in der Ewaldstraße einen ersten Akzent für kommende genossenschaftlich wie nachhaltig inspirierte euro-



40 Wohnungen in Berlin für Singles, Familien und WG's  
Foto: tafkaoo architects

päische Bauprojekte im städtischen wie metropolitenen Umfeld. „Wir setzen beim Wohnen zwischen Eigentum und Miete voll auf den dritten Weg, nämlich den des genossenschaftlichen Bauens, der die Bewohner vor den Turbulenzen des Wohnmarktes langfristig schützt“, unterstreicht er die Vorteile genossenschaftlich gedachter Wohnungsbaukonstrukte.

### Rendite: 3 Prozent

Wie aber immer im richtigen Leben gibt es letztlich auch unter Genossinnen nichts umsonst. Wer beispielsweise im zweigeschossigen Haus in der Ewaldstraße wohnliche Wurzeln schlagen möchte, der muss sowohl einen LiM-Anteil in Höhe von 1.000 Euro zeichnen als auch an den Vermieter 1892 eG Anteile in Höhe von 2.400 Euro zahlen. Wer das kann, dem winken neben einem bezahlbaren Mietvertrag auch noch eine Rendite von – in diesen Zeiten – fast rösigen drei Prozent.

Dabei ist Lönnecker der Blick über den eigenen Tellerrand sehr wichtig. Er verweist auf das LiM-Projekt in Jelgava, einer 60.000 Einwohner zählenden Stadt südlich der lettischen Hauptstadt Riga, in der die städtebaulichen Spuren der sowjeti-

schen Ära noch deutlich zu erkennen sind. „Dort wollen wir 110 Wohnungen nach nachhaltigen Standards errichten“, erläutert er. Und dann springt er gedanklich kurz über die Ostsee auf die finnische Seite, wo neben einem großen Kohlekraftwerk, das stillgelegt werden soll, ein neuer Stadtteil mit ambitionierten Umweltstandards entstehen soll. Auch da ist die LiM aktiv und will mit 70 Wohneinheiten genossenschaftliche Wohnidentität entwickeln.

Das Ziel der im Mai 2018 gegründeten Genossenschaft ist dabei klar definiert: „2050 wollen wir 50.000 Wohnungen europaweit gebaut haben.“ Mittlerweile hat die LiM in sieben europäischen Ländern Mitglieder und zählt inzwischen über 1,4 Millionen Euro Eigenkapital. Das klingt viel, ist aber angesichts der großen, europaweit agierenden Betongold-Industrie eher bescheiden wenig. Daher mutet die Pressemitteilung zur Grundsteinlegung in der Ewaldstraße etwas blumig an, in der Maren Kern, Vorstandsmitglied des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen, zitiert wird: „Es ist typisch für die Genossenschaftshauptstadt Berlin, dass hier wieder mit einem innovativen und weg-

weisenden Projekt Neuland betreten wird.“

Unterdessen ist Lönnecker im Namen der LiM fest davon überzeugt, dass eine starke, europäisch gedachte baugenossenschaftliche Bewegung ein wichtiges Gegengewicht für „einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen im Mietwohnungsmarkt“ werden kann. Mit dem Ziel: endlich aus der nicht mehr enden wollenden Preisspirale steigender Mieten und Kaufpreise herauszukommen – und damit gerade jungen Leuten ohne reiche Herkunft wieder eine Chance auf preiswertes Wohnen und einen gewissen Anspruch an eine Lebensqualität zu geben. Ansonsten platzt der Traum einer lebenswerten Metropole.

Dass tatsächlich viele keine Lust mehr auf den Mietwahn sinn verspüren, machte erst kürzlich eine Wohnraumstudie der Interhyp AG, einer großen Vermittlerin privater Baufinanzierung, sichtbar. Daraus ging hervor, dass nur noch 18 Prozent der 18- bis 25-jährigen in der Großstadt leben wollen würden. Ob die Befragten die genossenschaftlichen Ideen und nachhaltigen Ansätze von der LiM kennen, darf bezweifelt werden.

„Bio ist lecker, schützt uns und unsere Umwelt. Bio ist aktiver Artenschutz und täglicher Tierschutz. Darum Klasse statt Masse.“

Jürgen Trittin  
Mitglied des Bundestages

Fair-Bio  
Genossenschaft

Jetzt mitmachen!  
fair-bio-genossenschaft.de